

Leitartikel

Brauchen wir eine Gerechtigkeitspartei?

Die soziale Frage drängt auf die politische Agenda. Nicht nur in Deutschland, nicht nur bei der Linken.

Von **FOLKER QUACK**
folker.quack@mainpost.de



Die Linke als die Gerechtigkeitspartei in Deutschland. Dies postulierte zumindest die Vorsitzende Katja Kipping beim Parteitag in Hannover. Und auch wenn sich die Linke nicht zwischen Fundamentalopposition und der Übernahme von Verantwortung entscheiden kann, die Forderung nach mehr Gerechtigkeit stellt sie zu Recht. Unsere wirtschaftlichen Erfolge, unser gesellschaftliches Fundament, unsere Werte, alles gerät in Gefahr, wenn die hier lebenden Menschen unsere Gesellschaft nicht mehr als gerecht empfinden.

Das Politiker der Linken in Sachen Gerechtigkeit weit mehr Defizite sehen, als einer nüchternen Betrachtung standhält, liegt in der Natur der Sache. Dennoch: Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa spielt das Thema soziale Gerechtigkeit eine immer bedeutendere Rolle und es kann zu einem Sprengsatz werden. Die soziale Frage ist nicht für alle Zeiten gelöst und drängt aktuell mit Macht auf die politische Agenda.

Wenn Grundbedürfnisse zum Luxusgut werden

Deutschland ist stolz darauf, wirtschaftlich so gut dazustehen und ein Sozialsystem zu haben, um das uns viele beneiden. Niemand muss Hunger leiden, das Gesundheitssystem ist offen für alle und wir haben ein auf Chancengleichheit basierendes Bildungssystem.

Aber reicht das? Beispiel sozialer Wohnungsbau. In deutschen Städten ist Wohnraum zu einem Luxusgut geworden, doch ein Dach über dem Kopf ist ein Grundbedürfnis. Nehmen wir einmal eine Kinderpflegerin oder einen jungen Polizisten, beide leisten für unsere Gesellschaft einen enorm wichtigen und keineswegs einfachen Dienst. Sie sorgen für die Zukunft unserer Kinder und für unsere Sicherheit. Wenn diese Berufsgruppen sich in einer Stadt wie München keine Wohnung mehr leisten können, läuft etwas verdammt schief in unserer Gesellschaft. Hier trifft die Ungerechtig-

keit mitten in die Gesellschaft hinein.

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders hat in den USA mit dem Thema soziale Gerechtigkeit einen Achtungserfolg erzielt und ganz aktuell Labour-Chef Jeremy Corbyn in Großbritannien. Er hat zu Recht die Frage gestellt, was ein ausgeglichener Haushalt wert sei, wenn unter seinen Bedingungen eine höchst unausgeglichene Bevölkerung entsteht. Und: streichen wir einmal die fremdenfeindlichen und nationalistischen Töne aus den Wahlkampfreden der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen in Frankreich, bleibt eine fast sozialistische Definition sozialer Gerechtigkeit.

Ohne Gerechtigkeit ist alles nichts

Da können wir die großen Errungenschaften von Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit noch so sehr beschwören, ohne Gerechtigkeit ist alles nichts. Wo bleibt der Wert der Demokratie, wenn die Mehrheit glaubt, egal, wen ich wähle, gerechter wird es nicht zugehen. Dann schlägt die Stunde der Populisten, die zwar auch nicht wissen, wie eine Gesellschaft gerechter wird, aber vermeintliche Sündenböcke benennen.

Wir brauchen deshalb ganz viele Gerechtigkeitsparteien, nicht nur die Linke, die gleichzeitig in Zeiten des Terrors die Geheimdienste abschaffen will, die sich bei vielen Themen am wohlsten in der Fundamentalopposition zu weiten Teilen der Gesellschaft fühlt.

Deutschland kann sich mehr soziale Gerechtigkeit, kann sich höhere Löhne – vor allem im unteren Segment – und mehr Investitionen auch in öffentliche Einrichtungen leisten. Ja es muss sie sich sogar leisten, weil der deutsche Außenhandelsüberschuss längst zu einer ökonomischen Schieflage in Europa führt und von immer mehr Nachbarn immer lauter kritisiert wird.

Eines muss man der selbst ernannten Gerechtigkeitspartei lassen, Ideen für mehr soziale Gerechtigkeit findet man in ihrem Wahlprogramm zuhauf. Sie alle pauschal als nicht finanzierbar oder populistisch abzutun, würde ihnen nicht gerecht.



ZEICHNUNG: MOHR

Werte – sind sie aktuell oder längst veraltet?

Warum wir auf politische Leitlinien nicht verzichten sollten

Das Gespräch führte
ANGELIKA KLEINHENZ

Braucht die Politik heute noch Werte oder ist die Diskussion darüber vergeudet? Anlässlich eines Podiumsgesprächs ist Dr. Karin B. Schnebel am 30. Juni in Würzburg. Schnebel ist Professorin für Sozialwissenschaften in Dortmund und Leiterin des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München. Sie beschäftigt sich mit Migration, Populismus, Religion und politischen Theorien.

FRAGE: Das Bild, wie Donald Trump Montenegros Premier bei einem Nato-Gipfel wegschubst, blieb vielen im Gedächtnis als Mangel an Wertschätzung. Wie wichtig sind Werte in der Politik?

KARIN B. SCHNEBEL: Viele Menschen, in diesem Fall Trumps Wähler, suchen eine andere, vielleicht neue Politik. Sie wünschen sich jemanden, der alles anders macht in einer Welt, die ihnen auch aufgrund der Massenmigration bedrohlich erscheint. Sie sehen über Trumps Rühmlichkeit hinweg, Populismus führt oft dazu, dass Werte nicht beachtet werden.

Von welchen Werten sprechen Sie?

SCHNEBEL: Neben politischen Werten wie Diskriminierungsverbot, Glaubensfreiheit, Menschenrechte und Verbot der Folter sind gesellschaftliche Werte wie Höflichkeit, Ehrlichkeit, Beständigkeit, Fairness, Rücksichtnahme, Toleranz gegenüber Minderheiten gemeint – all diese Werte werden besonders von populistischen Parteien weniger beachtet. Die internationalen Verträge, die EU und damit die europäischen Werte (die Europäer leben in Freundschaft, sind einander meist zuverlässige Partner, verhandeln Verträge fair) werden infrage gestellt.

Wir sehen gerade, dass Politiker auch ohne die Werte, die Sie genannt haben, gewählt werden. Sind Ihre Werte nicht veraltet, bestenfalls altmodisch?

SCHNEBEL: Nein, höchstens ist vielen die Bedeutung der Werte nicht bewusst. In einer heterogenen Gesellschaft sind übergeordnete Werte wie Verantwortung, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit immens wichtig. Sie sind kulturübergreifend. Werte halten unsere Gesellschaft zusammen und Konflikte werden ausgewogener verhandelt.

Wie kam es dann dazu, dass vielen diese Werte nicht mehr wichtig erscheinen?

SCHNEBEL: Menschen beteiligen sich nur konstruktiv am politischen Leben, wenn ihre Grundbedürfnisse abgedeckt sind. Dazu gehört die Sicherheit von Arbeitsstelle und Wohlstand. Meist geht es nicht um eine tatsächliche Bedrohung, sondern um ihre gefühlte Sicherheit. Sie fühlen sich von den Migranten, der Globalisierung oder der Digitalisierung bedroht. Ein Schritt zurück in alte Gewohnheiten oder Traditionen gibt ihnen Sicherheit.

Was ist falsch an einem Schritt zurück?

SCHNEBEL: Wir können die Globalisierung nicht aufhalten. Populistische Parteien wollen von Angst getrieben den Nationalstaat stärken und ein einheitliches kulturelles Umfeld schaffen. Sie geben sich pluralistisch, doch das ändert sich. Trump hat im Wahlkampf allen kleinen Leuten Wohlstand versprochen. Bei seinem Antritt sagte er dann, heute gebe er die Macht an das Volk zurück. Er sieht sich selbst als „Volk“. Alle, die anders sind, werden als Feinde ausgeschlossen.

Oft wird etablierten Parteien vorgeworfen, ihre Werte seien nicht unterscheidbar...

Podiumsgespräch am 30. Juni



In unserer globalisierten Welt gibt es ein starkes Bedürfnis nach Orientierung. Populistische Thesen versprechen leichte Lösungen. Braucht die Politik überhaupt noch Werte und Grundsatzprogramme? Die- ser Frage wollen die Politikwissenschaftlerin Karin B. Schnebel (im Bild) und die Politiker Markus Blume (CSU), Georg Rosenthal (SPD) und Verena Osyan (Grüne) in einem Podiumsgespräch am Freitag, 30. Juni, ab 19 Uhr im Rudolf-Alexander-Schröder-Haus (Wilhelm-Schwinn-Platz 3) in Würzburg nachgehen. Moderiert wird die Veranstaltung von Main-Post-Redakteur Michael Czygan. Der Eintritt ist frei. FOTO: ANKE KRÖGER

SCHNEBEL: Eine Zeit lang war das vielleicht so, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Atomausstieg. Doch die Migrationsdebatte und der Wahlkampf haben dazu geführt, dass sich die Parteien in Deutschland wieder stärker voneinander abgrenzen: die CDU/CSU, die die Zuwanderung nun doch begrenzen will, und die SPD, die auf soziale Gerechtigkeit setzt.

War es aus Sicht der CSU klug, sich in der Flüchtlingsdebatte gegen die Kritik der Kirche und ihre christlichen Werte zu positionieren?

SCHNEBEL: Ja und nein. Die CSU hat dadurch viele Menschen aufgefangen, die möglicherweise in die AfD gegangen wären. Andererseits sind sie weiter nach rechts gerückt.

Es gibt aber viele Christen in der AfD.

SCHNEBEL: Man muss zwischen den kirchlich organisierten Christen und den freikirchlichen unterscheiden. Etwa elf Prozent der AfD besteht aus Evangelikalen, die glauben, ihre christlichen Werte durch nationalstaatliche Werte schützen zu können. Sie vertreten eine missionarische Haltung. An der Stelle gibt es Parallellitäten zu radikalen islamischen Kreisen. Die Kirchen distanzieren sich davon, wenn sie in der Flüchtlingsdebatte den Wert der Nächstenliebe verteidigen. Ihnen wird vorgeworfen, sich selbst abzuschaffen, indem sie den Islam anerkennen.

Populistische Parolen verbreiten sich häufig über die sozialen Medien. Hier entscheidet die Zahl der Emotionen wie Wut, Trauer, Freude über den Wert einer Nachricht – ist das heutzutage eine Gefahr für unsere Werte?

SCHNEBEL: Wenn politische Haltungen nicht rational überlegt, sondern vorwiegend emotional geprägt werden, kann dies fatale Folgen für unsere Werte und damit für unsere Demokratie haben. Schon für den Gerechtigkeits-theoretiker John Rawls war vernünftiges Handeln die Grundlage unserer Demokratie. Der Daumen, der nach oben oder nach unten zeigt, ist das sicher nicht. Die hohe emotionale Stimulation kann dazu führen, dass Menschen manipuliert werden. Für radikale Kreise ist es dann ganz leicht, Menschen zu ihren Marionetten zu machen.

Impressum

MAIN-POST SCHWEINFURTER TAGBLATT
VOLKSBLATT VOLKSZEITUNG BOTE VOM HASSGAU
unabhängig überparteilich

Verlag und Druck: Main-Post GmbH
Registrierungsamt: AG Würzburg HRB 13376, UST-IDNr.: DE815263350 Geschäftsführer: David Brandstätter
Chefredakteur: Michael Reinhard
Chefredaktion: Helmut Hickel (Lokalredaktionen und Chef v. Dienst), Andreas Kemper (Chef v. Dienst/Digitales), Peter Krones (Sonderpublikationen, Projekte), Folker Quack (Überregionales).
Weitere verantwortliche Redakteure: Martina Riederle (Deskleiterin Überregional und Reise), Joachim Staab (Deskleiter Überregional), Achim Muth (Regionalredaktion), Mathias Wiedemann (Chefredakteur Kultur), Günther Schwärzer (Sport), Michael Deppisch, Jürgen Haug-Peichl (Chefredakteur Wirtschaft).
Stellvertreter: Michael Czygan, Alice Natter (Regionalredaktion), Ralph Heringlechner (Kultur), Margit Klinger (CvD und Ausbildung), Hans Strauß (Sport).
Art Director: Daniel Biscan (komm.).

Anzeigen: Matthias Faller, Peter Kruse (Stv.).
Für Anzeigen gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Preisliste Nr. 66 v. 1. 1. 2017.
Vertrieb: Holger Seeger.
Logistik: Alexander Brümmer.
Postanschrift: Berner Straße 2, 97084 Würzburg, Telefon (0931) 6001-0, Fax (0931) 6001-420, E-Mail: service.center@mainpost.de.
Abonnementpreis: Bei Trägerzustellung monatl. 35,20 Euro, im Studenten-Abonnement monatl. 28,20 Euro. Postbezugspreis monatl. 39,90 Euro, mainpost.de-Zugang monatl. 1,00 Euro, jeweils inkl. MwSt.
Bei Ausfall infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Erfüllungs- und Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende.
Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter mainpost.de. Erscheinungsweise werktags.
Wir sind der IVW angeschlossen.
Das bedeutet: geprüfte Auflagenangaben.

Leserforum

Ihre Briefe bitte an: E-Mail: leserbriefe@mainpost.de; Fax: (0931) 6001-346, Postanschrift: Redaktion Leserbrief, Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe werden auch im Internet veröffentlicht.

Dem Chemie-Lobbyisten ist der Klimaschutz offenbar egal

Zum Artikel „Die EEG-Umlage sollte auslaufen“ (9.6.):

Ist es tatsächlich akzeptabel, dass Herr Ferber als verantwortlicher Journalist den Chef-Lobbyisten der Chemieindustrie als „ausgewiesenen Energieexperten“ interviewt und dort dessen Lügengebäude zum Erneuerbaren Energien-Gesetz (EEG) darstellen lässt? Sollte man den Geschäftsführer des Verbandes der Tabakindustrie als „ausgewiesenen Gesundheitsexperten“ zu Fragen des Nichtraucherschutzes befragen? Die Chemieindustrie zahlt weder für die Erneuerbaren Energien noch für den

Netzausbau – und profitiert zusätzlich davon, dass die Strombörsenpreise nur noch ein Drittel des Wertes von 2008 betragen. Fünf Milliarden Euro Subventionen für die Großindustrie werden vom Bürger und den kleinen Unternehmen pro Jahr bezahlt. Davon kein Wort. Wenn das EEG ein „Fehler“ war, dessen Wiederholung andere Länder vermeiden können – warum gibt es dann in mehr als 50 Ländern weltweit Regelungen nach dem Vorbild des EEG? Inklusiv China, Japan und Indien. In 30 Jahren müssen wir noch fossile Energieträger einsetzen?

Hat Herr Tillmann mal was von Paris gehört? Die Bundesrepublik hat sich sowohl international als auch national verpflichtet, den gesamten CO₂-Ausstoß in 33 Jahren um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren. Nicht nur beim Strom, sondern auch bei der Wärme, der Industrie und der Mobilität. Wie das mit fossilen Energieträgern funktionieren soll, bleibt das Geheimnis des Chemie-Lobbyisten, dem Klimaschutz offenbar egal ist.

Gunter Häckner,
97464 Niederwerrn

Standhaft und ablehnend bleiben

Zum Artikel „Debatte um das Einkaufen am Sonntag“ (6.6.):

Wir brauchen in unseren Breiten keine allgemeine Sonntagsöffnung der Geschäfte, die insbesondere vom Großhandel immer wieder lautstark gefordert wird. Wem auch immer die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag von 8 Uhr (teils 7 Uhr) bis 20 Uhr nicht ausreichen, der ist dann selbst Schuld. Müssen wir in Deutschland alles oder vieles den Amerikanern nachmachen? Mitnichten! Man kann nur hoffen, dass sich diesbezüglich die Politik von den großen Warenhauskonzernen

nicht einwickeln lässt und die entsprechenden Behörden standhaft und ablehnend bleiben. Die Sonntage sind bereits von jeher Freizeit-, Ruhe- und Gottestage und dies sollten sie – mit sehr wenigen Ausnahmen – auch bleiben. Wenn die Gewerkschaften und Kirchen den freien Sonntag zu schützen versuchen, so ist dies ihr mehr als gutes Recht. Hoffentlich bekennt sich die Bayerische Staatsregierung zur Wertschätzung der Sonntage. Die Sonn- und Feiertage sollten in hohem Maße der Menschheit nach wie vor heilig sein. G. Schmidmeier sen., 97076 Würzburg

Leserbriefe für den überregionalen Teil der Zeitung veröffentlichen wir von Montag bis Freitag an dieser Stelle. Damit möglichst viele Leserinnen und Leser zu Wort kommen, behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Die größte Chance auf Veröffentlichung hat, wer in wenigen Zeilen sehr aktuell auf ein Thema reagiert. Nennen Sie bitte die Überschrift des Artikels, auf die sich Ihr Brief bezieht, das Ressort und das Erscheinungsdatum. Geben Sie Ihre vollständige Adresse und eine Telefonnummer an. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Meinung im Internet ablehnen, vermerken Sie das auf Ihrem Leserbrief.